

# STUTTGARTER ZEITUNG

Nr. 35 | 7. Woche | 81. Jahrgang | E. 4029 | Deutschland

Mittwoch, 7. Februar

€

## Künstliche Intelligenz

# Die Kampffansage von Elon Musk

Der Tech-Milliardär will die Kontrolle über den ChatGPT-Entwickler OpenAI. Er bietet für den Konkurrenten einen enormen Betrag. **Seite 9**



Foto: imago/Stephane Lemoine/ Montpage: Kasil/Howaki

## Tabubruch mit Folgen



Eine Union mit offener Flanke zur AfD ist auch für die Grünen im Land eine Zumutung.

Von Reiner Ruf

Da saßen sie wieder, die zwei Alten, und heuchelten Harmonie, wo es keine gibt. Vor zwei Wochen noch hatte Winfried Kretschmann den CDU-Kanzlerkandidaten Friedrich Merz kritisiert; der Ton war schroff – gemessen an dem sonst einflussreichen Umgang des Ministerpräsidenten mit Christdemokraten. Nach der jüngsten Sitzung des Landeskabinetts aber taten Kretschmann und sein Vize Thomas Strobl gerade so, als sei alles in Butter. Dabei ist Strobl ein strammer Gefolgsmann von Merz.

Politische Schauspielerei ist, in Maßen genossen, hinnehmbar. Eine Demokratie scheitert ohne den Willen zum Kompromiss. In Baden-Württemberg fanden Grüne und Schwarze 2016 nicht aus Neigung zusammen, sondern weil die Alternative fehlte. 2021 hätte es eine solche gegeben – eine Ampel –, doch die Christdemokraten um Strobl erloschen in Demut; sie machten sich klein, um sich das Wohlwollen Kretschmanns zu bewahren. Grün-Schwarz funktionierte aus zwei Gründen: Erstens war stets genügend Geld zur Hand, um Konflikte im Keim zu ersticken; zweitens verbindet Kretschmann und Strobl ein echtes, persönlich gefärbtes Vertrauensverhältnis.

Diese Geschäftsgrundlage zerbröckelt. Das liegt nicht nur an schwindenden finanziellen Spielräumen oder am nahenden Ruhestand führender grün-schwarzer Akteure. Das Wendemanöver des Kanzlerkandidaten Merz trübt das Verhältnis von Grünen und CDU im Südwesten ganz grundsätzlich. Das liegt zunächst an Merz als Person. Sein bewusst an Donald Trump anknüpfender Deziernismus widerspricht fundamental dem Ethos einer Diskursdemokratie, die auf konsensuale Konfliktlösung abzielt. Letzteres beschreibt einen Regierungsstil, wie Kretschmann ihn pflegt – jedenfalls meistens.

Zudem wirft die von Merz unter Bruch seines eigenen Vorsatzes schneidig herbeigeführte asypolitische Mehrheitsbildung im Bundestag unter Einbeziehung der AfD die Frage auf: Was kommt als nächstes? Der Geist ist aus der Flasche, die AfD kann die Union künftig vor sich her treiben: polarisierend, emotionalisierend, simplifizierend. Wird Merz erneut aus tiefer innerer Überzeugung Vereinbarungen, wie sie etwa in Koalitionsverträgen fixiert sind, für überholt erklären? Misstrauen umhüllt Merz.

Zwei Megathemen treiben Grüne und CDU auseinander. Da ist zum einen die Migrationsfrage. Ein Dissens, der im Land der grünen Oberrealos noch beherrschbar erscheint. Im Südwesten sind die Grünen ausreichend stark in der Kommunalpolitik verankert, um die Folgen einer unregelmäßigen Zuwanderung zu erkennen. Problematisch wird es dort, wo Merzens Vorschläge auf Europa durchschlagen. Die Grünen können kaum billigen, mit welcher Nonchalance die Union EU-Recht für dysfunktional und deshalb unbeachtlich erklärt.

Ganz schwierig wird es bei Klima- und Naturschutz sowie bei der Artenvielfalt. Im Merz-Wahlkampf spielen diese für die Lebenschancen junger Menschen so bedeutsamen Themen keine Rolle. Die Union setzt auf Technikoffenheit und suggeriert, erst mal könne alles so bleiben, wie es ist. Die Grünen hingegen vertreten eine Industriepolitik mit massiven Investitionen in eine klimaneutrale Zukunft. Diese Gegensätze so zu sublimieren, dass daraus Zusammenarbeit entstehen kann, mag in Baden-Württemberg und anderen Bundesländern gelungen sein. Mit einer CDU, die sich in Teilen von der Brandmauer verabschiedet, dürfte das kaum mehr möglich sein. Es sei denn, die Grünen wandeln sich – FDP ahoi – zur bloßen Funktionspartei. Dann werden sich andere, neue Parteien um grüne Themen kümmern müssen.

### Die Dritte Seite

Nawalnys Todestag: Russlands Opposition zerfleischt sich **Seite 3**

### Stuttgart

Didacta: Gegner protestieren mit Gesang gegen AfD-Stand **Lokalteil**

### Kultur

Galerist gegen Autor: Johann König will Roman verbieten lassen **Seite 25**

## Autoindustrie fordert gezielte Hilfe

**STUTTGART.** Hildegard Müller fordert von der Politik mehr Hilfen für die Transformation der Autoindustrie. „Die Autoindustrie kann kein Stromnetz bauen und auch nicht den Strompreis senken“, sagte die Präsidentin des Verbands der Autoindustrie (VDA) im Interview mit dieser Zeitung. Sie nannte „Bürokratielasten, hohe Arbeitskosten und die höchsten Sozialleistungen und Steuern“ als weitere Gründe, warum der Standort Deutschland derzeit nicht wettbewerbsfähig sei. Das alles stünde – wie auch drohende CO<sub>2</sub>-Strafzahlungen – dem Ziel entgegen, günstige Elektroautos zu bauen. *mas/sto* – Interview mit Hildegard Müller **Seite 10**

## Zu wenig Unterstützer

**STUTTGART.** Das Volksbegehren gegen die drohende Aufblähung des Südwest-Landtags ist gescheitert. Hunderttausende Unterschriften fehlen nach Angaben des Initiators Dieter Distler. Man habe zwar mehr als 100 000 Unterschriften gesammelt, aber sei weit weg von den erforderlichen 770 000. **Seiten 3, 6**

## Hegseth relativiert

**STUTTGART.** Die US-Regierung plant keine unmittelbare Reduzierung der Zahl amerikanischer Soldaten in Europa. „Es gibt im Moment keine Pläne, irgendwas zu kürzen“, sagte US-Verteidigungsminister Pete Hegseth bei einem Besuch des amerikanischen Militärs in Stuttgart. **Seite 4**

## Täter noch im Land

**FREIBURG.** Fast sieben Jahre nach einer Gruppenvergewaltigung an einer 18-Jährigen in Freiburg sind fast alle ausländischen Täter immer noch in Deutschland. Zwar wurden sieben der zehn beteiligten Männer ausgewiesen, abgeschoben werden konnte aber nur einer, ein weiterer ging freiwillig. **Seite 7**

# Eigentümer bangen um ihre Rücklagen

Hausverwaltungen der Consigma-Gruppe haben in Risiko-Anleihen Millionen investiert. Auch im Kreis Böblingen ist die Verzweiflung groß.

Von Jörg Nauke

Viele Mitglieder von Wohnungseigentümergeinschaften (WEG) in Deutschland durchleben momentan ein finanzielles Desaster. Unter dem Dach der Wiesbadener Consigma-Gruppe versammelte Hausverwaltungen haben für Instandsetzungen an den Gebäuden vorgesehene Rücklagen in Millionenhöhe nicht auf Tages- oder Festgeldkonten angelegt, sondern in risikobehaftete Anleihen der DR Deutsche Rücklagen GmbH investiert. Und dies, ohne vorher dafür einen Beschluss der Eigentümersammlung herbeigeführt zu haben. Es drohen nun hohe Verluste.

Zwei der acht Consigma-Standorte befinden sich in Sindelfingen und in Rutesheim (Kreis Böblingen). Von dort kommen Strafanzeigen wegen des Vorwurfs der Untreue, deren Eingang die Staatsanwaltschaft Stuttgart bestätigte. Auch die Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Wirtschaftsstrafsachen in Frankfurt am Main ist involviert, so ein Behördensprecher. Dort würden die Fälle aus mittlerweile zehn Bundesländern gebündelt.

Die Deutsche Rücklagen GmbH hat das eingesammelte Geld als Darlehen an Projektentwickler und Bauträger vergeben. Die für diese Kredite als Sicherheiten dienenden Grundschulden auf Immobilien bieten laut Anwälten, die mit der Schadensbegrenzung für die Gläubiger betraut sind, keinen effek-

tiven Schutz bei Zahlungsausfällen. Die Lage sei besorgniserregend, da aktuell für die Anleihen keine Zinsen mehr bezahlt würden. Dem Unternehmen droht nach eigener Aussage die Insolvenz, falls ihm bei einer Gläubigerversammlung an diesem Donnerstag in Frankfurt die Änderung der Bedingungen für drei Anleihen mit einem Emissionsvolumen von 133 Millionen Euro verweigert werde.

Die Anleihen, die vor zwei Jahren mit Laufzeiten bis 2026 und bis 2031 ausgegeben wurden, waren laut dem Verbraucherschutzverein Wohnen im Eigentum für die Anlage von Erhaltungsrücklagen völlig ungeeignet. Sie könnten weder Mündelsicherheit – also Risikofreiheit – gewährleisten, noch wegen der eingeschränkten Kündigungsmöglichkeiten kurzfristig zu Geld gemacht werden.

Die genaue Anzahl der betroffenen Wohnungseigentümergeinschaften ist unbekannt, weil viele Eigentümer ihrem Hausverwalter blind vertrauen und nur selten Einblick in die Kontoauszüge fordern. Laut Berichten von Bayerischem und Hessischem Rundfunk sind bisher rund 100 WEG ermittelt. Die in Sindelfingen mit der Aufarbeitung des Skandals beschäftigte Hausverwalterin Silke Adler setzt sich für fünf Gemeinschaften im Kreis Böblingen ein, die 400 000 Euro zurückfordern. Das dortige Amtsgericht hat zugunsten einer WEG geurteilt. Es wurde Berufung eingelegt. Die Hausverwaltungen wännen sich im Recht. – Über den Tisch gezogen **Lokalteil**

## Hitzige Debatte im Bundestag

**BERLIN.** Tief zerstritten hat sich der Bundestag knapp zwei Wochen vor der vorgezogenen Neuwahl mit einer letzten Debatte über die Lage in Deutschland verabschiedet. Vor allem Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und sein Herausforderer Friedrich Merz (CDU) lieferten sich erneut einen harten Schlagabtausch über Migration, den Kurs in der Wirtschaftspolitik und den Umgang mit der AfD.

Mit einem leidenschaftlichen Appell zur Verteidigung der Demokratie verabschiedete sich der ehemalige SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert aus dem Bundestag. Scharfe Kritik übte er an CDU-Chef Merz. *dpa* – Letzte Debatte ist geprägt von Härte **Seite 4**

### Kostas



## Titos Möwe ist endlich gelandet

Die „Galeb“ (Möwe) hat endlich das Ziel ihrer letzten Fahrt erreicht: das kroatische Rijeka. Die Jacht des einstigen Staatenlenkers Josip Broz Tito (1892-1980) ist die neue Attraktion der Hafenstadt. „Wir rechnen damit, dass jährlich 50 000 Menschen das Museumsboot besuchen werden“, sagt Oberbürgermeister Marko Filipovic.

In Genua 1936 als Bananenfrachter „Ramb III“ erbaut, im Hafen von Rijeka 1944 als deutscher Minenleger „Kiebitz“ versenkt: Das erst 1948 vom Hafengrund gehievte Schiff war im sozialistischen Jugoslawien vor allem als Titos schwimmende Nobelresidenz bekannt. Auf 14 „Friedens- und Freundschaftsmissionen“ legte die Möwe mehr als 88 600 Seemeilen zurück. Tito nutzte die Galeb auch als Partyboot. Königin Elisabeth, Äthopiens Kaiser Haile Selassie und Hollywood-Stars ließen an Bord die Gläser klingen. Mit den Jugoslawien-Kriegen begann eine zermürbende

Jugoslawiens einstige Staatsjacht soll im kroatischen Rijeka zur Attraktion werden.

Von Thomas Roser

Odyssee. 2009 erwarb die Stadt Rijeka das Halbwrack schließlich für 150 000 Euro bei einer Zwangsversteigerung. Doch der Mangel an Mitteln und politische Widerstände durchkreuzten die Pläne der damaligen Stadtväter, die Galeb zum Museumsboot umzubauen. Erst als Rijeka den Zuschlag zur Ausrichtung des Europäischen Kulturjahres 2020 erhielt, wurden in Zagreb und Brüssel die benötigten Mittel frei.

2019 wurde die Jacht in die Dalmont-Werft in Kraljevica geschleppt: In 14 Monaten sollte sie für 7,8 Millionen Euro überholt werden. Corona und der Zustand des Kahns führten zu enormen Verzögerungen und einer Verdoppelung der Kosten. Bis zur Eröffnung des Museums am 9. Mai stehen weitere Innenausbauten an. Noch keinen Käufer oder Pächter hat die Stadt für die 1000 Quadratmeter gefunden, die kommerziell genutzt werden sollen. „Ein Schiff und hundert Probleme“, titelte die Lokalzeitung „Novi List“.

### Wetter Seite 28



**Börse Seiten 12, 13**  
 ⬆️ Dax 22 037,83 Punkte (+ 0,58 %)  
 ⬆️ M-Dax 27 246,06 Punkte (- 0,14 %)  
 ⬆️ Euro 1,0324 Dollar (Vortag: 1,0320)

**Ausführliches Inhaltsverzeichnis Seite 2**

